



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

15. November 2019

Wochenbericht KW 46

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 27 % und 25 %, SPD zwischen 17 % und 13 % Grüne zwischen 22 % und 18 %, AfD bei 14 % bzw. 13 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Handlungsbedarf wird besonders bei bezahlbarem Wohnraum gesehen
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen weiterhin deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden hat wieder etwas abgenommen Syrien wird als größte Bedrohung wahrgenommen Knapp die Hälfte der Bürger befürwortet mehr deutsche Verantwortung in der Welt
Wichtigstes Thema:	Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	infratest dimap für ARD
CDU/CSU	26 (-2)	27 (+1)	25 (-1)
SPD	13 (-)	17 (+1)	15 (+1)
FDP	9 (+1)	8 (-2)	7 (-1)
DIE LINKE	10 (-)	10 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	21 (+1)	18 (-)	22 (-)
AfD	13 (-)	14 (-)	14 (-)
Sonstige	8 (-)	6 (-)	8 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.11.	07.-13.11.	12.-13.11.

Die Union liegt bei forsa 13 (-2), bei Emnid 10 (-) und bei infratest dimap 10 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	13 (-)
Scholz	34 (-)
Kramp-Karrenbauer	14 (-)
Habeck	31 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.11.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz weiterhin mit 21 (-) Prozentpunkten Abstand deutlich hinter Olaf Scholz und mit 17 (-) Prozentpunkten deutlich hinter Robert Habeck.

28 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 26 % (+2) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 63 % (-1) für Scholz und 8 % (+2) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 33 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 17 % (-2) für Habeck aus. Von den Anhängern der Grünen präferieren 64 % (-2) Habeck und 9 % (+1) Kramp-Karrenbauer.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (17.11.2019)

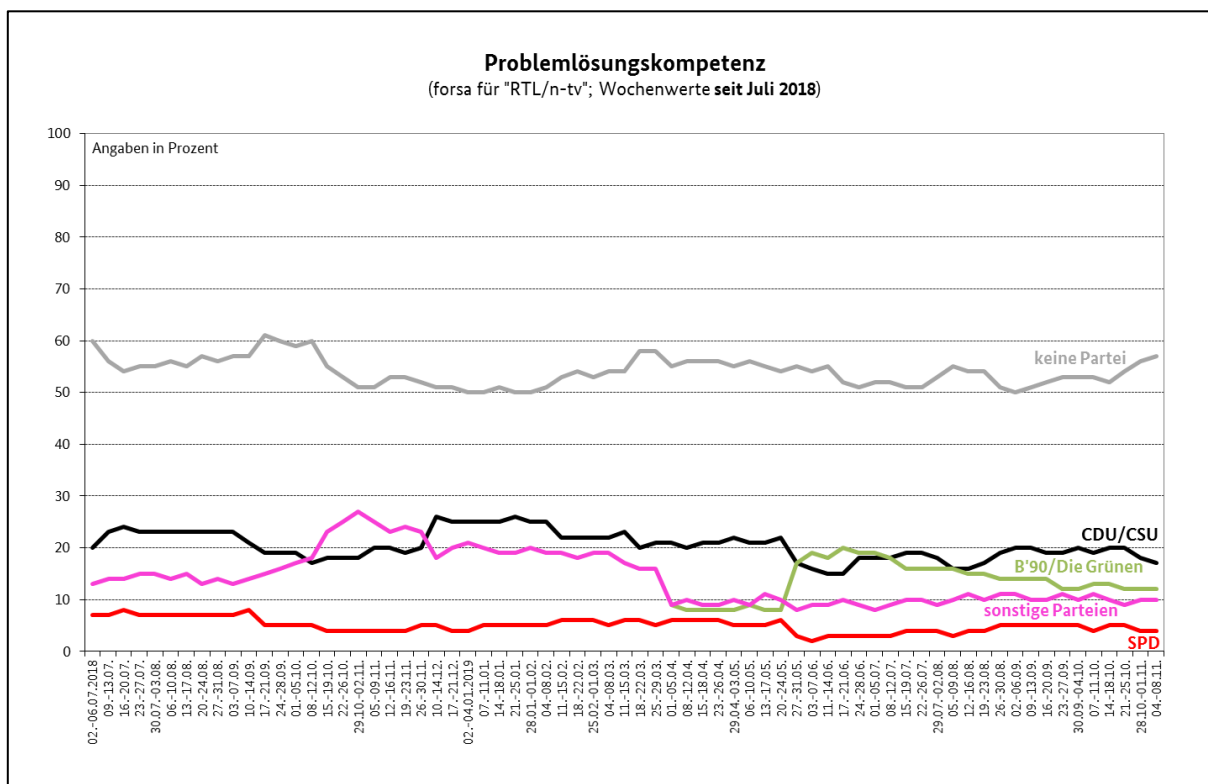
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	17	(-1)
SPD	4	(-)
Grüne	12	(-)
sonstige Parteien	10	(-)
keine Partei	57	(+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.11.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 13 (-1) Prozentpunkte vor der SPD und 5 (-1) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 57 % (+1) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im November 2019

Erhebung für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Oktober 2019

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	70 (-)	28 (+2)	2 (-1)	0 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	66 (+6)	32 (-3)	1 (-3)	1 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	65 (+6)	32 (-4)	3 (-1)	0 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	57 (-)	36 (+2)	5 (-)	2 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	55 (-2)	38 (+2)	5 (-)	2 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	54 (-1)	42 (+6)	3 (-4)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	53 (+2)	41 (+1)	5 (-3)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	50 (-2)	42 (+1)	6 (+1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	46 (-5)	45 (+6)	8 (+1)	1 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (-)	40 (-1)	11 (+2)	2 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38 (-)	46 (+5)	10 (-3)	4 (-2)
neue Technologien fördern	37 (-2)	47 (+1)	10 (-2)	3 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (-4)	45 (+6)	14 (-)	3 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	37 (+1)	39 (-4)	18 (+2)	4 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	36 (-2)	49 (+2)	13 (+2)	2 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	33 (-)	51 (-)	13 (+1)	3 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	33 (-4)	42 (+2)	18 (+3)	4 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	29 (-)	56 (+5)	11 (-3)	2 (-2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	25 (+2)	56 (+2)	15 (-2)	2 (-3)
Verbraucherschutz stärken	24 (-1)	56 (-)	16 (+1)	4 (+2)
Staatsschulden begrenzen	22 (+1)	43 (-5)	27 (+4)	5 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	21 (-)	55 (+3)	19 (-2)	3 (-1)
Erhebungszeitraum	06.-12.11.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird von Anhängern der Linkspartei (80 %) besonders oft als sehr wichtig angesehen. Unter 30-Jährige finden sie häufiger sehr wichtig als über 30-Jährige (81 % zu 67 %). Anhänger der FDP (57 %) halten die Bildungspolitik seltener für sehr wichtig.

Die Aufgabe "Altersversorgung langfristig sichern" wird von 50- bis 59-Jährigen (76 %) und Anhängern der Linkspartei (77 %) überdurchschnittlich oft als prioritär angesehen. Anhänger der Grünen (56 %) halten diese Aufgabe seltener für sehr wichtig.

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im November 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Oktober 2019

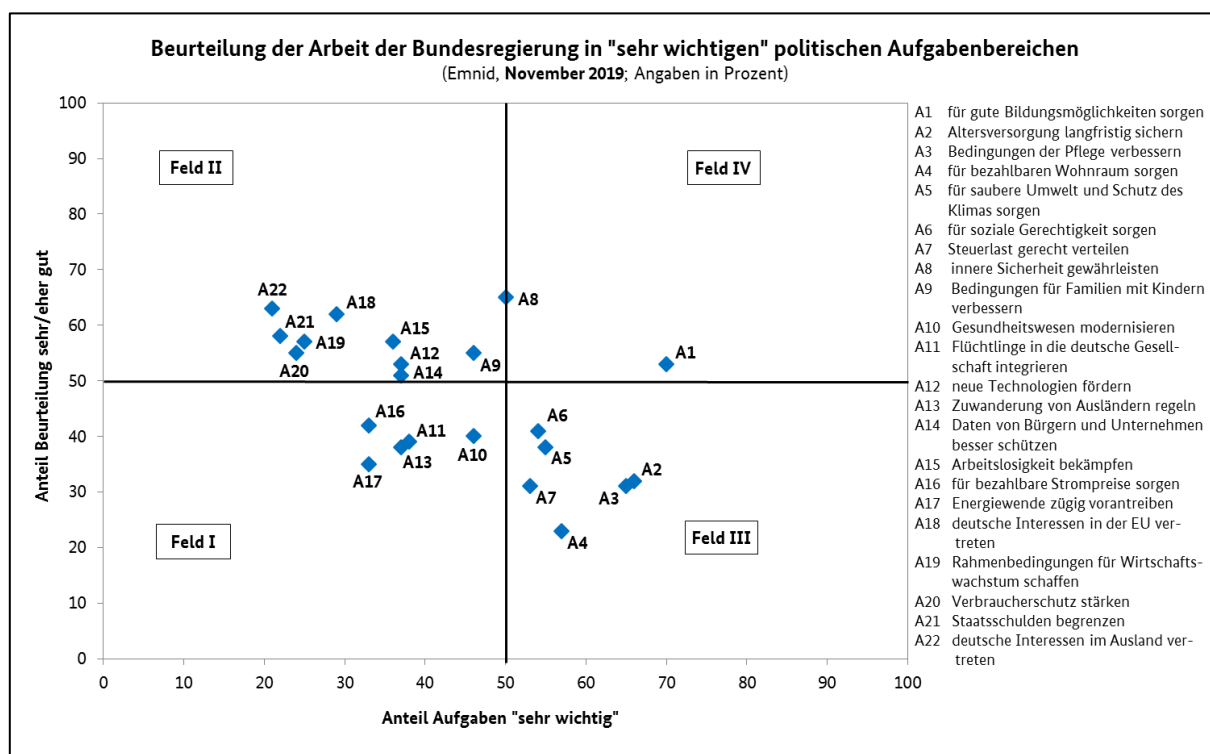
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
innere Sicherheit gewährleisten	65 (+6)	32 (-5)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	63 (+2)	30 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	62 (-)	31 (+2)
Staatsschulden begrenzen	58 (+4)	31 (-3)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	57 (-6)	32 (+3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	57 (-3)	39 (+3)
Verbraucherschutz stärken	55 (+1)	35 (-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	55 (-1)	39 (+1)
neue Technologien fördern	53 (+3)	38 (-1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	53 (-)	44 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	51 (-2)	41 (+2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	42 (-)	51 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	41 (+4)	57 (-3)
Gesundheitswesen modernisieren	40 (-1)	54 (+1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	39 (-1)	56 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	38 (-1)	59 (+2)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	38 (-1)	59 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	35 (-)	59 (-2)
Altersversorgung langfristig sichern	32 (+4)	64 (-3)
Bedingungen der Pflege verbessern	31 (-3)	65 (+3)
Steuerlast gerecht verteilen	31 (+4)	65 (-3)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	23 (-1)	73 (+1)
Erhebungszeitraum	06.-12.11.	

In 11 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die beste Beurteilung erhält die Bundesregierung für die Gewährleistung der inneren Sicherheit (65 %), bei welcher sie einen Zuwachs von 6 Prozentpunkten verzeichnet.

Im Politikfeld "Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen" hat sich dagegen der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, um 6 Prozentpunkte verringert.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im November 2019

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem in den Aufgabenbereichen „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A4) und „Bedingungen der Pflege verbessern“ (A3), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A2), beim Umwelt- und Klimaschutz (A5) sowie im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A6).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist. In diesem Monat ist hier lediglich die „Bildungspolitik (A1)“ vertreten. Der Aufgabenbereich „innere Sicherheit gewährleisten“ (A8) liegt auf der Grenze zwischen **Feld II** und **IV**, da genau die Hälfte der Deutschen diesen Bereich als sehr wichtig erachtet und die Regierungspolitik als gut eingeschätzt wird.

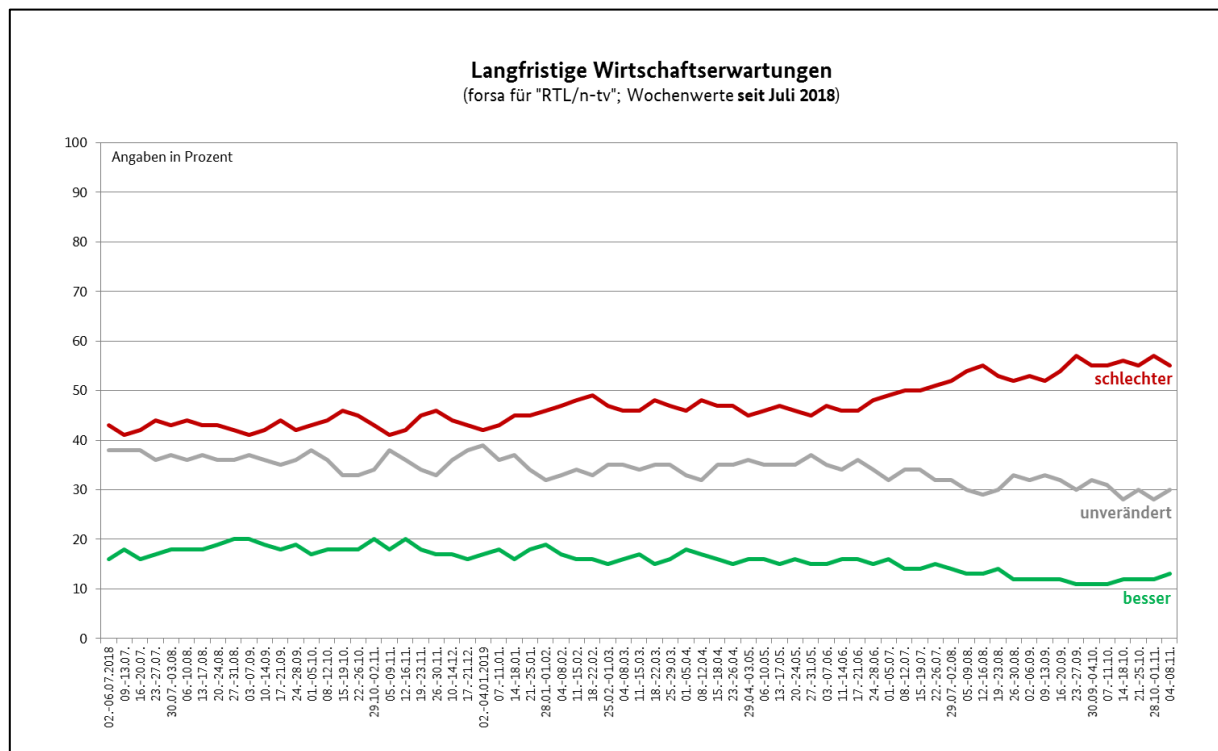
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	13	(+1)
schlechter	55	(-2)
unverändert	30	(+2)
Erhebungszeitraum	04.-08.11.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verbessert.

Der Anteil der Bundesbürger, der eine Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse erwartet, liegt weiterhin um 42 (-3) Prozentpunkte deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

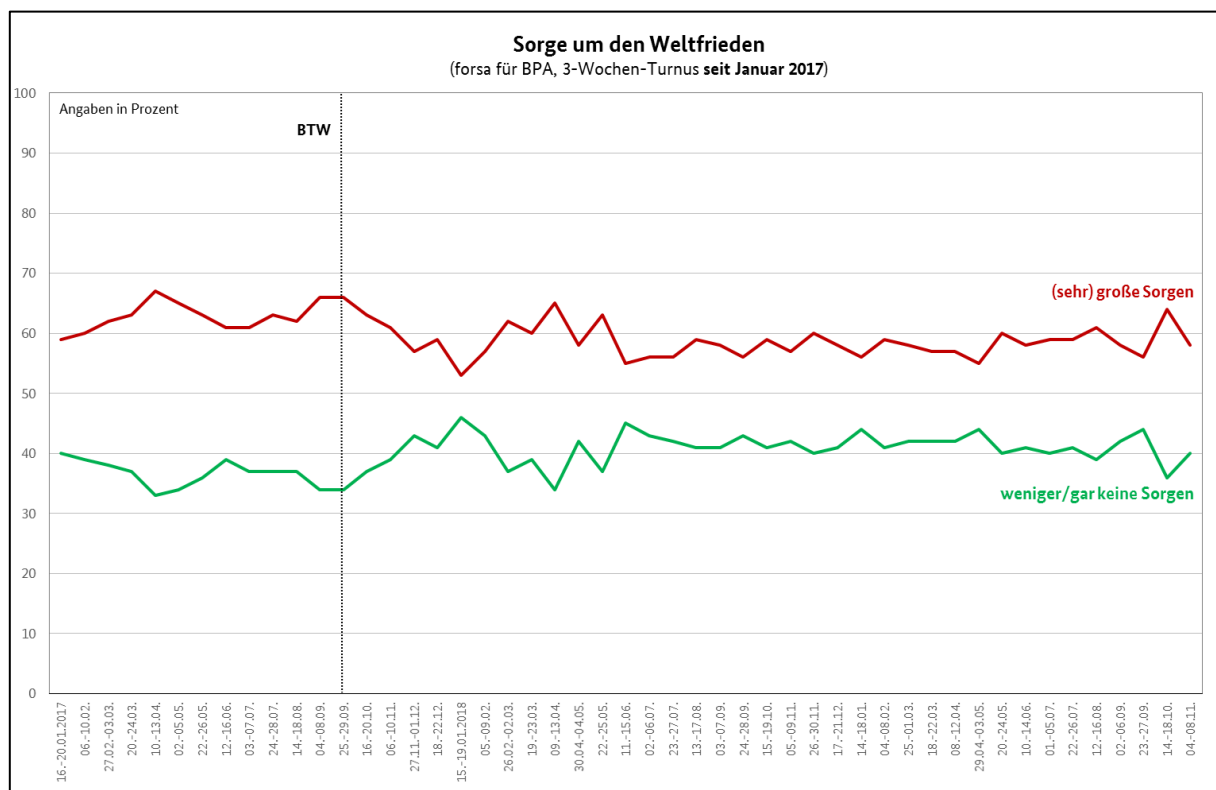


Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA	
sehr große	13 (-2)	
große	45 (-4)	
wenig	32 (+4)	
keine	8 (-)	
Erhebungszeitraum	04.-08.11.	

Anhänger der Linkspartei (71 %) und der Grünen (68 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (68 % zu 49 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 60-Jährige (68 % zu 55 %).



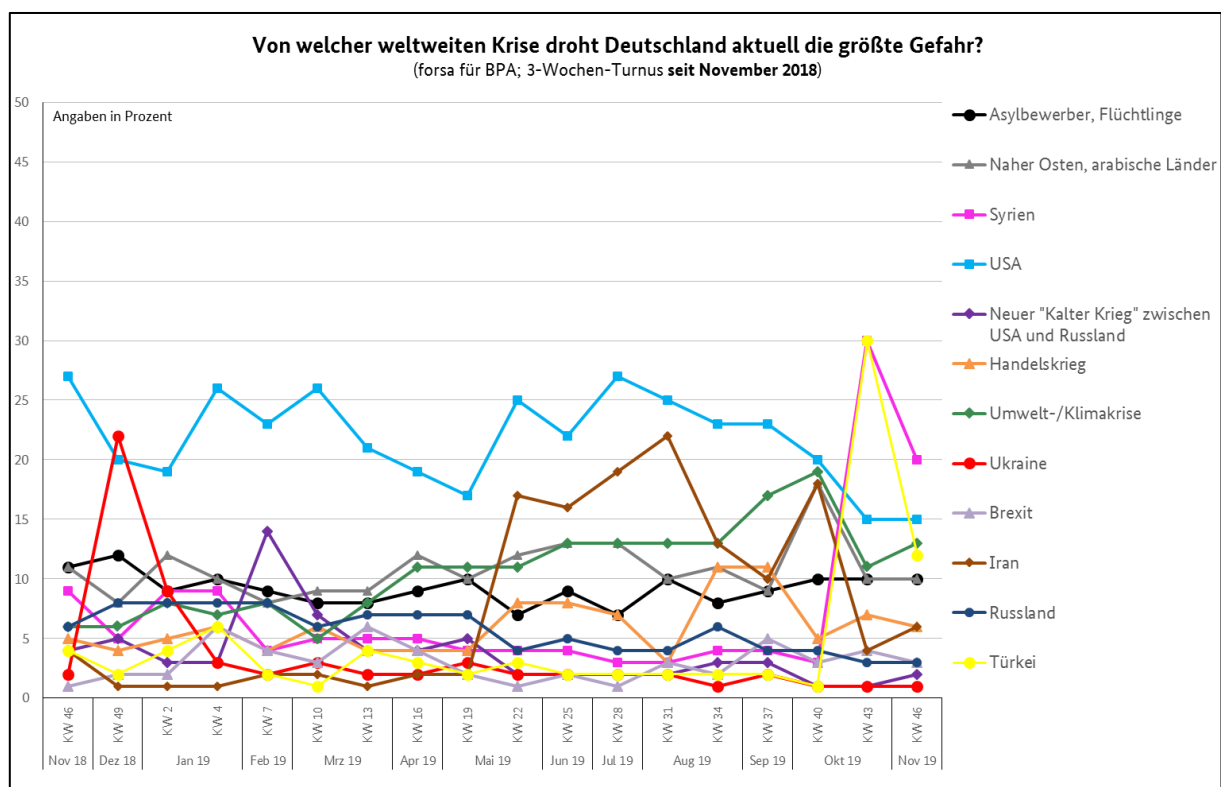
Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA
Syrien	20 (-10)
USA	15 (-)
Umwelt-/Klimakrise	13 (+2)
Türkei	12 (-18)
Naher Osten, arabische Länder	10 (-)
Asylbewerber, Flüchtlinge	10 (-)
Handelskrieg	6 (-1)
Iran	6 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.11.

Ein Fünftel der Bundesbürger nimmt Syrien als größte Gefahr wahr. Im Vergleich zur letzten Erhebung Mitte Oktober sehen sie Deutschland von dieser Krise aber deutlich weniger bedroht. Auch die Türkei wird erheblich seltener als Bedrohung für Deutschland wahrgenommen.

Anhänger der Grünen (29 %) nennen Syrien überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle, Männer häufiger als Frauen (24 % zu 16 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (24 % zu 14 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (24 % zu 13 %).



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

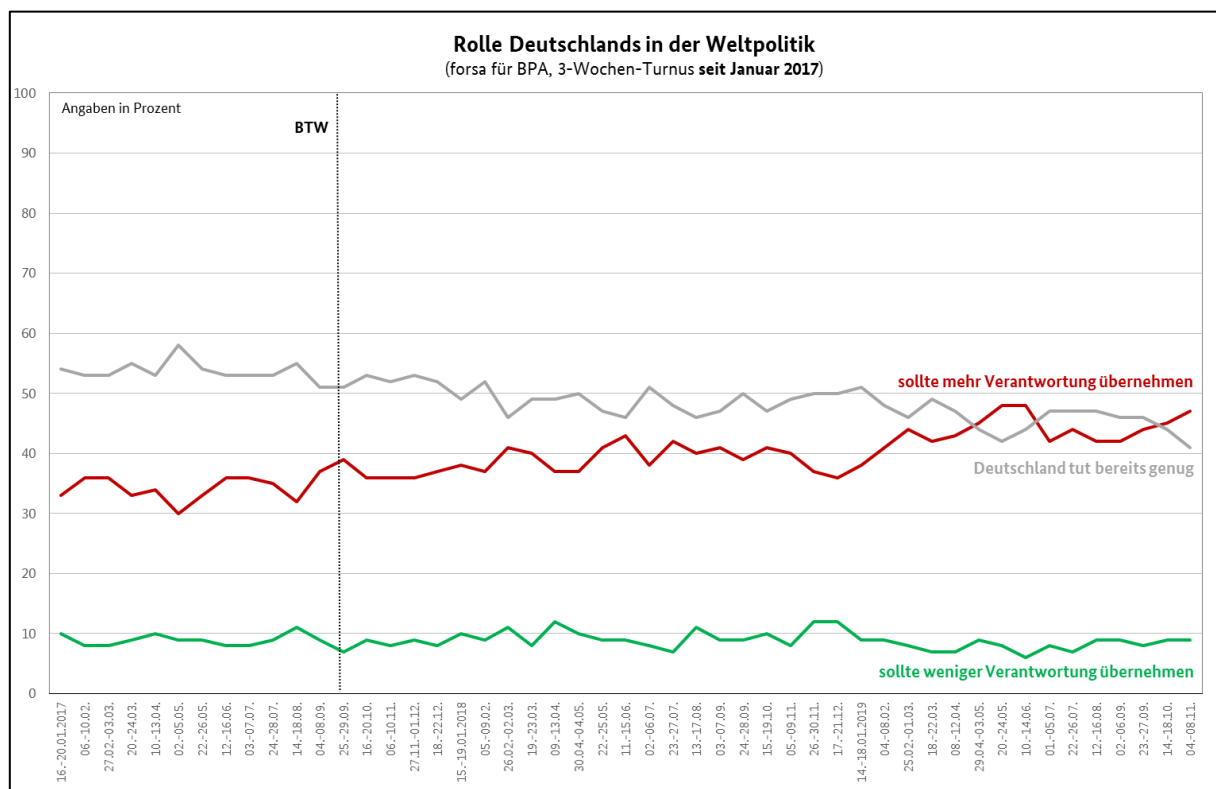
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	47 (+2)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9 (-)
Deutschland tut bereits genug	41 (-3)
Erhebungszeitraum	04.-08.11.

Unter 30-Jährige (58 %) sowie Anhänger der Grünen (62 %) und der Linkspartei (60 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (22 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (50 %) und Anhänger der AfD (56 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



Rolle Deutschlands in der EU

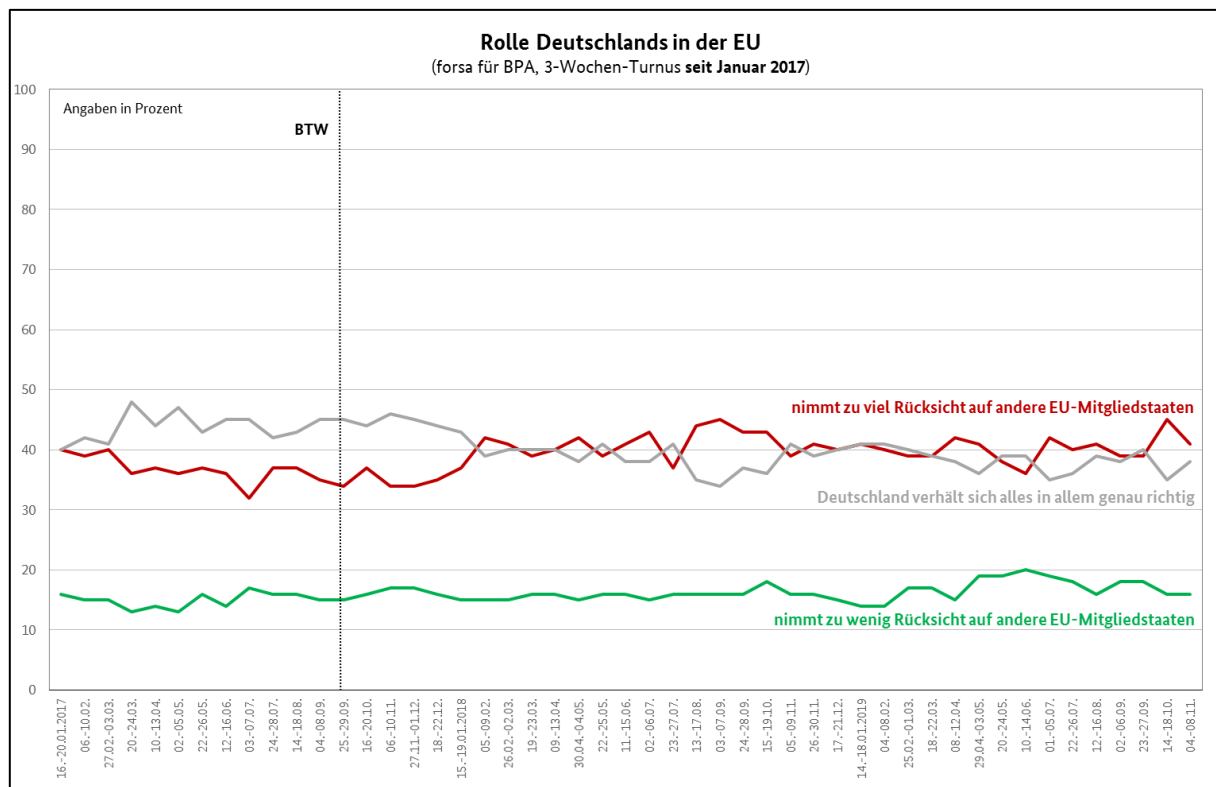
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	41 (-4)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16 (-)
verhält sich alles in allem genau richtig	38 (+3)
Erhebungszeitraum	04.-08.11.

Ostdeutsche (53 %), Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (48 %), 30- bis 59-Jährige (47 %) sowie Anhänger der AfD (74 %) und der FDP (54 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Hingegen sind Anhänger der Linkspartei (33 %) überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (44 %) sowie Anhänger der Grünen (49 %) und der Union (48 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente	28 (+14)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO ₂ -Ausstoß/ Klimapaket der Bundesregierung	13 (-2)
Flüchtlinge/Ausländer in Deutschland, Asylpolitik, Integration, Abschiebungen	8 (-4)
Umweltpolitik/-schutz	6 (-6)
Erhebungszeitraum	12.-13.11.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am häufigsten mit der Rentenpolitik bzw. der Debatte um die Grundrente. Im Vergleich zur Vorwoche hat das Thema deutlich an Wichtigkeit gewonnen (+14 Prozentpunkte). Anhänger der SPD (42 %) nennen es besonders häufig und über 50-Jährige häufiger als unter 50-Jährige (38 % zu 18 %).

Anhänger der Grünen (25 %) erwähnen den Klimawandel überdurchschnittlich oft. Unter 35-Jährige beschäftigen sich häufiger damit als über 65-Jährige (19 % zu 8 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (jew. 17 % zu 4 %).

